

grundgesprächen und Interviews mit dem Präsidenten, seinen Mitarbeitern und hochrangigen Militärs. *Woodward* lässt dabei eine distanziert-positive Einstellung gegenüber Obama erkennen, während er aus seiner Skepsis gegenüber George W. Bush und seiner Verachtung für die Bürokratie in Washington kein Hehl macht. Insgesamt gelingt es dem Autor, reale Ereignisse sehr unmittelbar und plastisch mit einer „pseudo-wörtlichen“ Wiedergabe der Meinungsäußerungen darzustellen. In einem knappen Anmerkungsapparat verweist *Woodward* auf seine wichtigsten Quellen und Informanten, wobei er ein hohes Maß an Diskretion walten lässt und sich selten auf offizielle Dokumente bezieht. Häufig bezieht er sich auf eigene Beiträge in der Washington Post und von ihm geführte Interviews, die aufgezeichnet und anschließend transkribiert wurden. Gerade unter dem Eindruck der Diskussion über „Guttenplag“ und andere Plagiatoren stellt sich dabei natürlich die Frage nach der Zuverlässigkeit der Darstellung und damit ihrer wissenschaftlichen Brauchbarkeit. Der Historiker wird den Band daher höchstens als „Findbuch“ für die Suche nach den einschlägigen Dokumenten heranziehen wollen, während der Politikwissenschaftler wichtige Einblicke in das Funktionieren eines politischen Systems erhält, die er freilich noch aus anderen Quellen verifizieren muss. Insgesamt hat *Bob Woodward* ein gut lesbares und nützliches Werk vorgelegt.

Helga Haftendorn

Europäische Union

Kohler-Koch, Beate, und Christine Quittkat. *Die Entzauberung partizipativer Demokratie: Zur Rolle der Zivilgesellschaft bei der Demokratisierung von EU-Governance*. Frankfurt/New York. Campus Verlag 2011. 323 Seiten. 34,90 €.

Mit dem Begriff der partizipativen Demokratie werden in der Demokratietheorie Ansätze bezeichnet, die eine direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Prozessen politischer Entscheidungsfindung fordern. In EU-bezogenen Diskussionen hat sich dagegen ein weniger anspruchsvolles Konzept partizipativer Demokratie etabliert, das – nicht zuletzt von der Europäischen Kommission propagiert – in erster Linie auf die Einbindung von zivilgesellschaftlichen Organisationen in EU-Gesetzgebungsverfahren setzt. Auch wenn der normative Gehalt dieses Verständnisses von partizipativer Demokratie aus demokratietheoretischer Sicht bescheiden bleibt, werden in der EU-Forschung zuweilen große Erwartungen in das Potential gesetzt, das die Einbeziehung der organisierten Zivilgesellschaft für die Demokratisierung der EU birgt. Zivilgesellschaftliche Gruppen, so die Hoffnung, können als „Transmissionsriemen“ fungieren, der die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in den europäischen politischen Prozess einspeist und so die Repräsentationsdefizite des Europäischen Parlaments zumindest teilweise kompensiert.

In der vorliegenden Studie unterziehen *Beate Kohler-Koch* und *Christine Quittkat* solche Erwartungen einem empirischen Test. Wie schon der Titel des Buches deutlich macht, kommen sie zu einem eher ernüchternden Ergebnis:

Die Praxis zivilgesellschaftlicher Beteiligung in der EU vergrößert nach ihrer Analyse zwar die Vielfalt der in europäischen Entscheidungsprozesse eingebrachten Positionen, gewährleistet aber keine verlässliche Rückbindung von EU-Entscheidungen an den Willen der Bürgerinnen und Bürger. *Kohler-Koch* und *Quitkat* erreichen dieses Ergebnis in einer mehrschrittigen, sorgfältig angelegten Untersuchung, die in theoretischer, methodischer und empirischer Hinsicht zu einem wichtigen Referenzpunkt für die Forschung zum demokratischen Potenzial der europäischen Zivilgesellschaft werden dürfte.

Der theoretische Ertrag der Studie liegt in erster Linie in ihrer Unterscheidung zwischen verschiedenen Konzepten von Zivilgesellschaft, aus denen sich unterschiedliche Ansichten über die der Zivilgesellschaft zuzurechnenden Gruppen und über deren möglichen Beitrag zur EU-Governance ergeben. Den in der EU als partizipative Demokratie bezeichneten Mechanismen – Online-Konsultationen, Expertenseminaren, Politikforen und dergleichen – liegt nach *Kohler-Koch* und *Quitkat* eine Konzeption zugrunde, die zivilgesellschaftliche Partizipation vor allem als Verbändekonsultation versteht und die die gleichgewichtige Präsenz unterschiedlicher Entscheidungsbetroffener („Stakeholder“) in Prozessen der Policy-Deliberation zu ihrem Hauptziel erklärt.

Die empirischen Kapitel des Buches untersuchen, wie gut das europäische „Konsultationsregime“ – in dessen Mittelpunkt die Europäische Kommission steht – diesem Ziel gerecht wird. Besonders überzeugen kann in dieser Hinsicht die Analyse des Spektrums der beteiligten Organisationen sowie des Einflusses, den die Beteiligung auf

die erreichten Politikergebnisse hat. Methodisch differenziert können *Kohler-Koch* und *Quitkat* belegen, dass sowohl territoriale als auch interessen-spezifische Ungleichgewichte in der Verbändebeteiligung bestehen und dass die Berichterstattung der Europäischen Kommission über die aus der Konsultation gezogenen Schlüsse oft unzureichend ist. Eher bruchstückhaft bleibt im Vergleich zu dieser Analyse der folgende Untersuchungsschritt, der betrachtet, wie gut die beteiligten Organisationen die Interessen ihrer Mitglieder vertreten. In dieser Hinsicht wird auf das aus der Verbändeforschung hinlänglich bekannte Spannungsverhältnis zwischen effektiver Mitwirkung an Entscheidungsprozessen und Vertretung von Basisinteressen verwiesen; eine Analyse von Verbandswebsites und Newslettern zeigt zudem Mängel in der verbandsinternen Kommunikation über europäische Themen. Es fehlt jedoch an einer detaillierten Analyse von Policy-Prozessen, die anhand von Fallstudien der Frage nachgeht, ob und wie verbandliche Eliten die Interessen der Mitgliedschaft im Zuge europäischer Konsultationsverfahren aus den Augen verlieren.

Trotz dieses Mankos besitzt das Argument, das *Kohler-Koch* und *Quitkat* gegen die „Transmissionsriemen“-These vorbringen, insgesamt eine hohe Plausibilität. Die Autorinnen halten die organisierte europäische Zivilgesellschaft für einen wichtigen Akteur der EU-Governance, sehen in ihr aber eher einen „Gegenspieler“ von EU-Institutionen innerhalb eines Systems von „checks and balances“ als ein Vehikel zur Artikulation des Bürgerwillens. Auch wenn diese Metaphorik nicht vollends überzeugen kann – sie unterstellt unbeabsichtigt die Existenz

von Vetomöglichkeiten, die zivilgesellschaftliche Organisationen in Brüssel gerade nicht besitzen – so ist die Kernaussage von *Kohler-Koch* und *Quittkat* für die Debatte über das europäische Demokratiedefizit von großer Wichtigkeit: Partizipative Demokratie (im EU-bezogenen Verständnis) ist nicht ohne demokratischen Wert, kann aber traditionelle repräsentative Verfahren demokratischer Willensbildung auch nicht annähernd ersetzen.

Achim Hurrelmann

Weidenfeld, Werner. *Die Europäische Union*. Paderborn. Wilhelm Fink Verlag/UTB 2010. 222 Seiten. 14,90 €.

Bei der enormen Fülle an Material, das einerseits die EU selbst durch ihre Regelungsaktivitäten generiert und das andererseits in einer nicht minder stark wachsenden Sekundärliteratur ihren Niederschlag findet, muss sich jeder Autor bei einem Neuversuch einer Einführung entscheiden, ob er eine möglichst detaillierte und damit umfangreiche, oder eine kurze und zwangsläufig vereinfachende Darstellung wählen möchte. Mit seinem Buch *Die Europäische Union* ist es *Werner Weidenfeld* gelungen, einen insgesamt erfolgreichen Mittelweg zwischen diesen beiden Polen einzuschlagen.

Methodisch überzeugt das Buch durch eine sinnvolle Dreiteilung des Themas: Der erste Teil zu historischen und konzeptionellen Grundlagen widmet sich der Geschichte der EU, den wesentlichen Integrationstheorien und den zentralen Grundfragen der europäischen Einigung. Der zweite Teil erklärt die institutionelle Ausgestaltung der Union und befasst sich in jeweils eigenen Kapiteln mit ihren Organen, zusätzlichen

Akteuren im „erweiterten Institutionensystem“ (142) sowie ihren Rechtssetzungs- und Entscheidungsverfahren. Der dritte Teil schließlich wendet sich den inhaltlichen Regeln des Binnenmarktes und der Wirtschafts- und Währungsunion zu, diskutiert die Rolle der EU als Akteur in den internationalen Beziehungen und schließt mit Überlegungen zu den möglichen zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten der EU und den Herausforderungen, denen sie sich gegenüber gestellt sieht. (*Weidenfeld* selbst erachtet die EU hier als „strategisch verwirrt“ (213) und sieht in der Deutung der EU „als die rettende, elementare Antwort auf die Globalisierung“ (214) die wesentliche Quelle für die Wiedererlangung ihrer Vitalität). Zahlreiche Infokästen, Tabellen und Abbildungen fokussieren das Augenmerk des Lesers auf ausgewählte Themen, und jedes Kapitel schließt mit weiterführenden Literaturhinweisen. Der Text selbst ist durchgehend kenntnisreich, eingängig und sehr verständlich geschrieben.

Bleibt die Darstellung der EU insgesamt auch ohne größere Lücken, so hätten einige Themen doch etwas mehr Beachtung verdient, selbst wenn dies einige zusätzliche Druckseiten bedeutet hätte. Insbesondere ist hier die zentrale Rolle des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) für die Integrationsgeschichte zu nennen, war er es doch, der die Suprematie und die Direktwirkung des Europarechts durch wegweisende Urteile in die Verträge hineininterpretierte und der in den 1990er Jahren im Zentrum einer erregten und wegweisenden akademischen Debatte über die Gestaltungsmacht nichtstaatlicher internationaler Akteure stand. Diese „Motorenrolle“ (137) des EuGH wird jedoch nur angerissen und weder im Theorieteil noch